



Dr. Reinhard Brandl
Mitglied des Deutschen Bundestages

Rede im Deutschen Bundestag
am 20. Oktober 2011

**Einzelfallbezogene, verantwortungsbewusste Entscheidungen –
Rede zu Rüstungsexporten**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Im Hintergrund dieser Debatte steht die mögliche Lieferung von Panzern nach Saudi-Arabien. Über diesen Vorgang liegen keine offiziellen Fakten vor; über ihn wird, ausgehend von der Presseberichterstattung, munter spekuliert.

(Klaus Barthel [SPD]: Räumen Sie doch auf mit den Spekulationen!)

Ich kann dazu nichts sagen, weil ich genauso wenig wie Sie über den Vorgang informiert bin. Diejenigen, die dazu etwas sagen könnten, die Mitglieder des Bundessicherheitsrats, dürfen dazu nichts sagen, weil sie zur Geheimhaltung verpflichtet sind.

(Klaus Barthel [SPD]: Das ist das Problem! – Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stimmen Sie doch dem Antrag zu!)

Ich gebe Ihnen recht: Das ist eine unbefriedigende Situation.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha!)

Aber das heißt nicht, dass sich die Mitglieder des Bundessicherheitsrats niemals für ihre Entscheidungen rechtfertigen und verantworten müssen. Sollte eine solche Lieferung tatsächlich stattfinden, wird sie natürlich veröffentlicht:

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wann denn? – Klaus Barthel [SPD]:
Anderthalb Jahre später!)

erstens im jährlichen Rüstungsexportbericht – Frau Keul, ich bin mit Ihnen einig, dass dieser schneller vorliegen sollte –, zweitens über Pressemitteilungen, sofern es sich bei dem Lieferanten um ein börsennotiertes Unternehmen handelt, und drittens natürlich über die Medienberichterstattung. Eine Lieferung von Panzern oder ähnlichem Gerät lässt sich doch gar nicht geheim halten.

(Klaus Barthel [SPD]: Warum erfahren es die Medien und wir nicht?)

Es geht also nicht darum, grundsätzlich etwas zu verheimlichen.

Die Frage ist, ob es tatsächlich in unserem deutschen Interesse wäre, wenn wir im Deutschen Bundestag bereits im Vorfeld eines möglichen Auftrags über das Für und Wider diskutierten, so wie es hier in Ansätzen versucht wird. Ich meine, nein. Das möchte ich auch begründen: Dadurch, dass Anfragen und Voranfragen geheim behandelt werden, behält die Regierung einen größeren Entscheidungsspielraum. Sie hat dadurch insbesondere eine größere Freiheit, auch einmal Nein zu sagen. Wenn jede Anfrage veröffentlicht würde, wäre jede Ablehnung eine öffentliche Brückierung des betreffenden Landes. Das wäre vor allem innenpolitisch öffentlichkeitswirksam. Für jede weitere Zusammenarbeit mit dem Land und damit auch für die Möglichkeit der Einflussnahme, um dort wirklich etwas zu verändern, wäre das sicherlich nicht hilfreich.

Unsere großen Partnerländer – ich nenne als Beispiel die USA – treiben es genau andersherum auf die Spitze. Sie nutzen die Lieferung von Rüstungsgütern, um Einfluss zu nehmen und Abhängigkeiten zu schaffen. Denn für jedes komplexere Waffensystem braucht ein Land für den langfristigen Betrieb die Logistik, die Wartung und die Ersatzteile vom Lieferanten. Wenn es ein System importiert, ist es abhängig von der Zustimmung des Landes, das exportiert.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, möchten Sie eine Frage von Frau Keul zulassen?

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

Gern.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das ist der Fall. – Bitte schön.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Herr Kollege Brandl, Sie haben gerade gesagt, wir könnten hier nicht öffentlich über ablehnende Entscheidungen sprechen, weil das diplomatischen Schaden verursachen würde. Glauben Sie denn, dass der diplomatische Schaden in irgendeiner Weise größer wäre, als wenn wir zum Beispiel über den Menschenrechtsbericht der Bundesregierung sprechen, in dem Menschenrechtsverletzungen in all diesen Ländern haarklein aufgeführt sind?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

Es geht mir nicht darum, die Themen, die Sie ansprechen, nicht öffentlich anzusprechen und im Parlament zu debattieren. Was ich sage, ist, dass, wenn wir im Vorfeld über solche Anfragen – es werden sehr viele Anfragen gestellt, im Jahr ungefähr 16 000 – immer debattierten und sie auch auswählten, der Entscheidungsspielraum, den die Regierung hat – einmal sagt sie Nein, einmal Ja, vielleicht stellt sie auch einmal Bedingungen –, verkleinert würde.

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau das wollen wir ja!)

Aber ich glaube nicht, dass es immer in Ihrem Interesse ist, diesen Entscheidungsspielraum zu verkleinern.

Unabhängig davon geht es bei der Frage, ob wir über Anfragen nach Rüstungsgütern öffentlich oder nichtöffentlich debattieren, nicht nur um die Abhängigkeiten anderer Länder, sondern indirekt auch um unsere eigene nationale Souveränität. Denn unabhängig von der Chance auf Genehmigung würde doch kein Land mehr bei einem deutschen Unternehmen anfragen, wenn es wüsste, dass diese Anfrage dann Gegenstand einer öffentlichen Debatte würde. Hinter einer solchen Anfrage stecken ja immer auch langfristige nationale Sicherheitsinteressen und strategische Überlegungen, die man nicht auf dem Markt ausgetragen haben möchte. Zudem würden mit der Öffentlichkeit mögliche Wettbewerber unterrichtet, die ihre Aktivitäten entsprechend darauf abstellen könnten.

Wenn man möchte, dass aus Deutschland grundsätzlich kein Rüstungsexport mehr stattfindet, dann kann man ein solches Verfahren wählen. Dann muss man ehrlicherweise aber dazusagen, dass man keine wehrtechnische Industrie mehr in Deutschland haben möchte. Ohne die grundsätzliche Möglichkeit zum Export könnte kein Unternehmen der Branche existieren. Der nationale Markt ist dafür viel zu klein.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, der Kollege Duin möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Möchten Sie die zulassen? – Bitte schön.

Garrelt Duin (SPD):

Vielen Dank. – Herr Kollege Dr. Brandl, bevor Sie zum Schluss kommen: Der Kollege Mützenich hat gerade ein Thema angesprochen, das ich für von besonderer Bedeutung halte. Deswegen frage ich Sie: Können Sie uns aufklären, was gestern Abend zwischen dem Verteidigungsminister und der Rüstungsindustrie verabredet wurde? Mich interessiert insbesondere, was darunter zu verstehen ist, die sich aus der Bundeswehrreform ergebenden Veränderungen würden kompensiert, eventuell durch verstärkten Export.

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

Nein, ich kann Sie nicht aufklären. Ich war bei dem Gespräch nicht dabei.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Sprechen Sie nicht mit dem Verteidigungsminister? –
Klaus Barthel [SPD]: Aber was ist denn Ihre Haltung dazu?)

Mir geht es nicht grundsätzlich darum, mit der Rüstungsindustrie Arbeitsplätze zu erhalten. Einen Arbeitsplatzverlust könnten wir volkswirtschaftlich verkraften. Nicht so einfach verkraften könnten wir aber den Verlust technologischer Fähigkeiten

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Richtig!)

und den damit verbundenen Verlust an nationaler Souveränität.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Denn dann wären wir bei der Kernaufgabe unseres Staates, der Wahrung der inneren und äußeren Sicherheit, plötzlich abhängig vom guten Willen anderer Länder. Das ist nicht im Interesse Deutschlands.

Das heißt im Umkehrschluss aber nicht, dass wir jeden Export genehmigen müssen. Im Gegenteil: Wir verfolgen sogar eine restriktive Exportpolitik. Die Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte haben deswegen ein Verfahren entwickelt, um die verschiedenen Interessen der Außenpolitik, der Menschenrechte, der Wirtschaft, des Parlaments und der Öffentlichkeit in vernünftiger Weise auszubalancieren.

Die jetzige Regierung hat das Verfahren und die zugrunde liegenden Richtlinien unverändert von Rot-Grün übernommen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Möchten Sie noch eine Frage von Herrn Barthel zulassen? – Nein.

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

Die Entscheidungen erfolgen einzelfallbezogen unter besonderer Berücksichtigung der außenpolitischen Situation und der Menschenrechtsslage im Empfängerland. Jede Regierung ist damit bisher verantwortungsvoll umgegangen. Das gilt auch für die Regierung von Angela Merkel.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)